

Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Bau und Stadtentwicklung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 28.10.2025
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:03 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal 128

Anwesend:

Bürgermeisterin

Frau Dr. Henrike Voet

bis einschließlich TOP 4

Erster Stadtrat

Herr Gert Kühling

Vorsitzender

Herr Fabio Maier

Ratsmitglieder

Herr Tobias Beckhelling

Frau Manuela Deux

Herr Tobias Hermes

Herr Eckhard Knospe

Frau Stefanie Kröger

Herr Konrad Rohe

Herr Frank Rottinghaus

Herr Thomas Schlarmann

Abwesend bei TOP 7

Frau Henrike Theilen

Frau Anja Thoben

Vertretung für Herrn Christian Meyer

Herr Julian Tillesch

Herr Jürgen Tönnies

Abwesend bei TOP 6

Herr Ulrich Zerhusen

Grundmandat

Herr Dr. Lutz Neubauer

Beratende Mitglieder

Herr Heinz Göttke

Verwaltung

Herr Ralf Blömer

Herr Mark Escher

Herr Bernd Hinrichs

Frau Sandra Mezger

Abwesend:

Ratsmitglieder

Herr Christian Meyer

Beratende Mitglieder

Herr Frank Pjede

Tagesordnung:**Öffentlich**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 16.09.2025
3. Durchführung einer Machbarkeitsstudie für das Wärmenetz der Innenstadt – Optionen zur Wärmeerzeugung
Vorlage: 60/019/2024/1
4. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 56 NKomVG auf Information über Vorstellungen zur Bereitstellung von Bauplätzen in Kroge / Kroge-Ehrendorf
Vorlage: 61/029/2025
5. Antrag des Wahlbündnisses BI ProWald Lohne gem. § 56 NKomVG auf Sachstandsbericht zu dem Gestaltungskonzept Innenstadt Lohne
Vorlage: 61/030/2025
6. Zustimmung zu Bauvorhaben;
Errichtung einer Lüfterbühne (Halle 10), Bakumer Straße 73
Vorlage: 65/046/2025
7. Zustimmung zu Bauvorhaben;
Umnutzung eines landwirtschaftlichen Gebäudes zu einem Wohngebäude, Brägeler Straße 138
Vorlage: 65/047/2025
8. Vorstellung des Bauprogramms 2026
Vorlage: 66/021/2025
9. Mitteilungen und Anfragen
 - 9.1. PV-Anlage Bereich Wiesenhof
 - 9.2. Landwehrstraße 126 – Erdhaufen
 - 9.3. Bahnhofstraße
 - 9.4. Windkraft Brägeler Moor
 - 9.5. Radweg Brägeler Straße

Öffentlich**1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung**

Ausschussvorsitzender Maier eröffnete die Sitzung und begrüßte die Zuhörer. Er stellte fest, dass die Ausschussmitglieder ordnungsgemäß eingeladen wurden. Zeit, Ort und Tagesordnung wurden öffentlich in der Oldenburgischen Volkszeitung bekanntgegeben. Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt.

Die Tagesordnung wird beschlossen.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 13, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 1

2. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 16.09.2025

Das Protokoll wird genehmigt.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 13, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 1

**3. Durchführung einer Machbarkeitsstudie für das Wärmenetz der Innenstadt – Optionen zur Wärmeerzeugung
Vorlage: 60/019/2024/1****Sachverhalt:**

Der Rat der Stadt Lohne hat in seiner Sitzung am 06.02.2022 die Verwaltung beauftragt, für die Umsetzung einer klimaneutralen Wärmeversorgung von städtischen Liegenschaften durch ein Wärmenetz die entsprechenden Beratungs- und Planungsleistungen auszuschreiben (Vorlage Nr. 60/024/2021/1). Zur weiteren Planung einer zentralen Wärmeversorgung wurde im Verwaltungsausschuss am 03.12.2024 (Vorlage Nr. 60/019/2024) die Durchführung einer Machbarkeitsstudie Modul 1 (Leistungsphase 2 bis 4 HOAI) im Programm Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) beschlossen.

Durch das mit der Planung beauftragte Büro Limon GmbH wurden in der Leistungsphase 2 HOAI Varianten berechnet. Die Berechnungen beruhen auf aktualisierten Verbrauchsdaten und berücksichtigen aktuelle Nutzungsänderungen der betrachteten Liegenschaften.

Zur Erreichung einer möglichst regenerativen Wärmeversorgung wurden insgesamt vier Konzepte in unterschiedlichen Varianten geprüft. Für die Wärmeerzeugung wurden in den verschiedenen Varianten Kombinationen aus Luft-Wärmepumpe, Geothermie, Kessel und BHKW untersucht. Darüber hinaus wurde die Möglichkeit eines kalten Nahwärmenetzes sowie eine dezentrale Wärmeerzeugung für die städtischen Liegenschaften geprüft. In der Sitzung wird der Projektleiter Herr Kirsch-Jessel die Varianten zur Wärmeerzeugung und eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung als Zwischenergebnis vorstellen und eine Bewertung der Varianten vornehmen.

Beratungsverlauf:

Die Verwaltung wies darauf hin, dass es sich bei der Präsentation nur um einen Zwischenschritt zur Erstellung einer Vorstudie für ein Wärmenetz handelt.

Ein Ausschussmitglied fragte nach, ob das Hauptaugenmerk bei der Kosten-Nutzen-Analyse der Machbarkeitsstudie auf ökonomischen Aspekten lag.

Herr Kirsch-Jessel führte aus, dass ökologische Aspekte eingeflossen seien, aber die Wirtschaftlichkeit ausschlaggebend war.

Das Ausschussmitglied bemängelte die fehlende ökologische Betrachtung und führte aus, dass eine Kosten-Nutzen-Analyse durch Anpassen der Kriterien zu einem anderen Ergebnis führen würde, da hier auch z.B. Emissionen beim Neubau berücksichtigt werden könnten.

Herr Kirsch-Jessel teilte mit, dass keine Untersuchung des ökologischen Fußabdruckes stattgefunden hat. Vielmehr wurde auf die Wirtschaftlichkeit sowie generelle Umsetzbarkeit eines Wärmenetzes geschaut. Durch eine zentrale Lösung beim Wärmenetz würden keine Immissionen im Stadtgebiet bzw. Schulbereich aufkommen.

Ein Ausschussmitglied bemängelte den Einsatz eines Erdgaskessels und fragte, welche Alternativen bei der Geothermie geprüft wurden.

Herr Kirsch-Jessel teilte mit, dass der Einsatz von Erdwärmesonden im Bereich des Sportplatzes am Adenauerring geprüft und als unwirtschaftlich befunden wurde.

Ein Ausschussmitglied wunderte sich, dass die empfohlene Variante aus Luftwärmepumpe+Gaskessel+PV-Anlage im Ranking nur auf Platz 2 nach dem BHKW gelandet sei und fragte nach, aufgrund welcher Risikoabwägung das Blockheizkraftwerk ausgeschlossen wurde.

Hierzu führte Herr Kirsch-Jessel aus, dass die Verfügbarkeit sowie Preisänderungen bei Biomethan kritisch gesehen wurde und aufgrund weiterer Risikofaktoren z.B. zusätzliche Wartung die Wahl zugunsten der Variante Luftwärmepumpe+Gaskessel+PV-Anlage gefallen ist.

Ein Ausschussmitglied verwies auf die gute Zusammenarbeit des Arbeitskreises und betonte die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema. Fraktionsübergreifend sei die Entscheidung, auch mit Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit, auf einen Mix aus Maßnahmen gefallen. Eine Umstellung des Gaskessels hin zu Biogas soll ebenfalls möglich sein.

Ein Ausschussmitglied verwies auf die mediale Berichterstattung zum Thema Klimaschutz und bemängelte den Einsatz von Erdgaskesseln. Das Ausschussmitglied wünschte sich eine ökologischere Betrachtung und fragte, warum der Einsatz von Biogas nicht von Beginn an erfolgt.

Herr Kirsch-Jessel führte hierzu aus, dass der Erdgaseinsatz zum heutigen Stand die wirtschaftlichste Option darstelle.

Ein Ausschussmitglied bemängelte den Fokus auf ökonomische Aspekte und weniger auf ökologische Aspekte.

Auf entsprechende Anfrage teilte Herr Kirsch-Jessel mit, dass beim Klimaschutzkonzept ein Betrachtungszeitraum von 20 Jahren untersucht wurde und der Einsatz von Erdsonden aufgrund der Bohrkosten unwirtschaftlich sei.

Verwaltungsseitig wurde mitgeteilt, dass der Einsatz von Tauchsiedern in die Planungen aufgenommen werde und eine Fokussierung auf rein ökologische Aspekte nicht möglich sei, da Ziel des Wärmenetzes auch sei, dass sich Dritte und Private an das Netz anschließen. Die Stadt plane aktuell, neben eigenen Liegenschaften auch LK-Liegenschaften, sowie wenige weitere Gebäude anzuschließen. Bei der Schaffung des Wärmenetzes würde bereits viel für die Klimaneutralität getan werden. Die Verwaltung empfahl die Fortführung der Machbarkeitsstudie und keine Zurückstellung in den Arbeitskreis.

Beschlussvorschlag:

1. Den vorgestellten Ergebnissen zur Wärmeversorgung für das Wärmenetz wird grundsätzlich zugestimmt.
2. Die Machbarkeitsstudie soll unter Berücksichtigung der vorgestellten Empfehlungen fortgesetzt werden.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 14, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 0

4. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 56 NKomVG auf Information über Vorstellungen zur Bereitstellung von Bauplätzen in Kroge / Kroge-Ehrendorf Vorlage: 61/029/2025

Sachverhalt:

Die SPD-Fraktion beantragt die Verwaltung zu beauftragen, über deren Vorstellungen zur Bereitstellung von Bauplätzen in Kroge / Kroge-Ehrendorf im vierten Quartal 2025 in einer öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Bau und Stadtentwicklung zu berichten.

Zur Begründung wird angeführt, dass die Bereitstellung von Bauplätzen für die Kroger / Kroge-Ehrendorfer Entwicklung von elementarer Bedeutung ist und diese Anliegen regelmäßig an Lohner Politiker herangetragen wird.

Im Weiteren wird die Verwaltung den derzeitigen Stand vorstellen.

Beratungsverlauf:

Nach Vorstellung des Antrags, brachte ein Ausschussmitglied seine Verwunderung über den Antrag zum Ausdruck und verwies auf die intensive Beschäftigung mit dem Thema seit 3 Jahren. Es hob die Herausforderungen des Wohnungsbaus in Kroge hervor, da hier viele Flächen im Landschaftsschutzgebiet sind.

Dem Antrag auf Information über Vorstellungen zu Bauplätzen in Kroge/ KrogeEhrendorf wurde einstimmig zugestimmt.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 14, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 0

Verwaltungsseitig wurde sodann mitgeteilt, dass gegenwärtig drei Bauplätze im Baugebiet des Bebauungsplanes Nr. 138 noch nicht vergeben sind und durch die Rechtskraft der Innenbereichssatzung „Südlich Kroger Straße“ einige wenige private Bauplätze geschaffen wurden. Die Verwaltung verwies auf die Restriktionen bei der Wohnbauentwicklung z.B. durch Flächen im LSG oder Tierhaltungsbetriebe. Gespräche für einen Erwerb von potentiellen Wohnbauflächen werden geführt, sind jedoch in einem frühen Stadium.

Ein Ausschussmitglied erwähnte die großen Grundstücke am Kroger Pickerweg und fragte, ob es bereits Überlegungen über eine Nachverdichtung geben würde.

Verwaltungsseitig wurde mitgeteilt, dass laufende Gespräche mit Flächeneigentümern stattfinden und eine Nachverdichtung geprüft werde.

Auf entsprechende Anfrage teilte die Verwaltung mit, dass eine Nachverdichtung im gesamten Gebiet Kroge/ Ehrendorf bislang nicht angedacht war, diese Überlegung aber aufgegriffen werde.

Auf entsprechende Anfrage teilte die Verwaltung mit, dass es Gespräche mit dem Landkreis zu einer Teillöschung des LSG gebe, die Stadt Lohne hier jedoch keine potentiellen Wohnbauflächen besitze.

Bürgermeisterin Dr. Voet erläuterte, dass die Löschung des LSG eines politischen Beschlusses bedürfe, vom Kreistag zu treffen sei.

Ein Ausschussmitglied störte sich an der Wortwahl der Bürgermeisterin Dr. Voet und teilte mit, dass durch Druck aus der Bevölkerung bzw. der Stadt Lohne die Löschung des LSG eine politische Mehrheit haben würde. Es verwies auch darauf, dass sollte das LSG ernst genommen werden eine Wohnbebauung dort schlicht nicht möglich sei.

Bürgermeisterin Dr. Voet verwies nochmals darauf, dass der politische Beschluss vom insoweit zuständigen Kreistag gefasst werden müsste. Die Prüfung von potentiellen Flächen würde weiterhin stattfinden. Sie betonte, dass die Verwaltung das Thema Wohnbauentwicklung in Kroge/ Ehrendorf ernst nehmen würde und mit Blick auf die Zukunft der Grundschule sowie Kindertagesstätte von hoher Wichtigkeit sei.

Ein Ausschussmitglied teilte mit, dass unter Bürgermeister Niesel eine Wohnbebauung durch LSG-Teillöschung ermöglicht wurde und stimmte der Bürgermeisterin zu, dass der Wohnungsbau einen hohen Stellenwert hat.

Ein Ausschussmitglied brachte seine Verwunderung über den Antrag zum Ausdruck und befürwortete eine Bebauung im Außenbereich. Eine Teillöschung des LSG würde nicht ersatzlos stattfinden.

5. Antrag des Wahlbündnisses BI ProWald Lohne gem. § 56 NKomVG auf Sachstandsbericht zu dem Gestaltungskonzept Innenstadt Lohne Vorlage: 61/030/2025

Sachverhalt:

Das Wahlbündnis BI ProWald Lohne beantragt einen Sachstandsbericht zu dem Gestaltungskonzept Innenstadt Lohne des Büros Kolhoff zur Marktstraße, dem Kirchplatz und dem Rixheimer Platz.

Zur Begründung wird angeführt, dass u.a. wesentliche Teile des Gestaltungskonzeptes faktisch nicht mehr existieren und der Antrag zur Städtebauförderung an das Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems keinen Bezug mehr zu dem Gestaltungskonzept des Büros Kolhoff aufweist.

Beratungsverlauf:

Dem Antrag „Sachstandsbericht zu dem Gestaltungskonzept Innenstadt Lohne des Büros Kolhoff zur Marktstraße, dem Kirchplatz und dem Rixheimer Platz“ wurde einstimmig zugestimmt.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 14, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 0

Verwaltungsseitig wurde erläutert, dass am 21.08.2024 eine Ratsinformationsveranstaltung stattfand und auch in anderen politischen Ausschüssen die Entwicklungen zum Gestaltungskonzept kundgetan wurden. Bei der erwähnten Ratsinformationsveranstaltung sind u.a. Zurückstellungen von Maßnahmen sowie neue Aufgaben beschlossen worden.

**6. Zustimmung zu Bauvorhaben;
Errichtung einer Lüfterbühne (Halle 10), Bakumer Straße 73
Vorlage: 65/046/2025**

Sachverhalt:

Beantragt ist die Genehmigung zur Errichtung einer Lüfterbühne auf einer Bestandshalle auf dem Grundstück Bakumer Straße 73.

Gemäß den Antragsunterlagen sollen auf dem Dach einer bestehenden Halle eines kunststoffverarbeitenden Betriebes zwei Bühnen für Lüftungsgeräte und Kältetechnik errichtet werden. Die Bestandshalle gliedert sich in drei Hallenschiffe. Die Traufhöhe der beiden Seitenschiffe beträgt ca. 6 m, während das Mittelschiff eine Traufhöhe von 8,30 m aufweist. Über dem höheren Mittelschiff sollen die neuen Bühnenkonstruktionen mit der Anlagentechnik errichtet werden. Durch die Lüfterbühne inklusive Anlagentechnik erhöht sich die Bestandshalle um ca. 4 m. Aus den Antragsunterlagen gehen keine Informationen zu möglichen Lärmemissionen der Lüftungs- und Kältegeräte hervor. Eine entsprechende Prüfung erfolgt im weiteren Verlauf des Baugenehmigungsverfahrens.

Das Bauvorhaben liegt innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles der Stadt Lohne (§ 34 BauGB). Das Gebiet stellt sich gemäß § 9 BauNVO als Industriegebiet dar.

Das Grundstück liegt im südlichen Bereich des Ortsteils Lohnerwiesen und wird im Flächennutzungsplan '80 der Stadt Lohne als gewerbliche Baufläche dargestellt.

Beratungsverlauf:

Ein Ausschussmitglied bemängelte, dass der Standort der Halle 10 in den Unterlagen nicht erkennbar war.

Beschlussvorschlag:

Das Einvernehmen für die beantragte Genehmigung zur Errichtung einer Lüfterbühne (Halle 10) auf dem Grundstück Bakumer Straße 73 wird erteilt.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 13, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 0

**7. Zustimmung zu Bauvorhaben;
Umnutzung eines landwirtschaftlichen Gebäudes zu einem Wohngebäude,
Brägeler Straße 138
Vorlage: 65/047/2025**

Sachverhalt:

Beantragt ist die Genehmigung zur Umnutzung eines landwirtschaftlichen Gebäudes zu einem Wohngebäude auf dem Grundstück Brägeler Straße 138.

Gemäß den Antragsunterlagen soll ein Teil des ehemaligen Rinderstalls zu zwei Wohnungen umgenutzt werden. Diese sollen sich ausschließlich im Erdgeschoss befinden und eine Wohnfläche von ca. 67 m² und 69 m² aufweisen. Westlich an den Stall angrenzend soll ein etwa 1,50 m breiter und 6,50 m langer Vorbau errichtet werden, indem sich der gemeinsame Windfang sowie ein Teil der Wohnfläche befinden sollen.

Das Bauvorhaben liegt im Außenbereich der Stadt Lohne und ist nach § 35 BauGB zu beurteilen.

Das Grundstück liegt im Ortsteil Brägel und wird im Flächennutzungsplan '80 der Stadt Lohne als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt.

Beratungsverlauf:

Auf entsprechende Anfrage teilte die Verwaltung mit, keine Kenntnis darüber zu haben, ob es sich bei der Wohneinheit um einen Altenteiler handelt. Das Ergebnis der Prüfung soll über das Protokoll nachgereicht werden.

Anmerkungen zum Protokoll:

Bei der Umnutzung des vorhandenen, ehemals landwirtschaftlich genutzten Gebäudes zu Wohnzwecken handelt es sich um ein begünstigtes Vorhaben gem. §35 Abs. 4 Nr. 1 BauGB. Die gesetzlichen Regelungen ermöglichen einen Wechsel von der bisher privilegierten Nutzung zu einer neuen, nicht privilegierten Nutzung um den Strukturwandel der Landwirtschaft zu erleichtern. Ziel ist es, ein Verlust des in das Gebäude investierten Kapitals und zugleich ein Verfall erhaltenswerter Bausubstanz zu verhindern. Ob alle Voraussetzungen (siehe §35 Abs. 4 Nr. 1 Buchstabe a – g) hierfür erfüllt werden wird im weiteren Verlauf des Baugenehmigungsverfahrens durch den Landkreis Vechta geprüft. Es handelt sich hierbei nicht um einen Altenteiler im Rechtssinne.

Verwaltungsseitig wurde darauf hingewiesen, dass bei der Erteilung des Einvernehmens städtebauliche Aspekte berücksichtigt werden und nicht baurechtliche Fragestellungen geklärt werden können. Aufgrund kurzer Fristen sei es der Verwaltung nicht möglich, auf alle Fragen detailliert einzugehen.

Beschlussvorschlag:

Das Einvernehmen für die beantragte Genehmigung zur Umnutzung eines landwirtschaftlichen Gebäudes zu einem Wohngebäude auf dem Grundstück Brägeler Straße 138 wird erteilt.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 13, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 0

8. Vorstellung des Bauprogramms 2026 Vorlage: 66/021/2025

Sachverhalt:

Die für das Jahr 2026 geplanten Baumaßnahmen für den Bereich Tiefbau, unterteilt für die Bereiche

- Erschließungsstraßenbau
- Gewerbe- und Verkehrsstraßenbau
- GVFG, ÖPNV, Innenstadtsanierung, Bundesförderung
- Unterhaltungsmaßnahmen

sowie geplante Maßnahmen ab 2027 werden in der Sitzung vorgestellt.

Beratungsverlauf:

Ein Ausschussmitglied bemängelte die Qualität des Pohlwiesendamms und äußerte den Wunsch, diesen zu sanieren.

Auf entsprechende Anfrage hin teilte die Verwaltung mit, dass bewusst auf die Asphaltierung im Bereich „An der Querlenburg/ Dinklager Straße“ verzichtet wurde, um ein übermäßiges Verkehrsaufkommen zu verhindern.

Auf entsprechende Anfrage teilte die Verwaltung mit, dass die Rondolux-Leuchtmasten beim Austausch der Leuchtmittel auf LED umgerüstet werden.

Ein Ausschussmitglied bat um die Prüfung der Sanierung des Pohlwiesendamms und der Unterführung Am Rüd.

Verwaltungsseitig wurde eine Prüfung zugesichert und darauf verwiesen, dass zur Schwarzdeckensanierung 200.000, - € zur Verfügung stehen würden.

Beschlussvorschlag:

Den vorgestellten Maßnahmen für das Jahr 2026 wird zugestimmt. Die Haushaltsmittel sind entsprechend im Haushalt 2026 vorzusehen.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 14, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 0

9. Mitteilungen und Anfragen

9.1. PV-Anlage Bereich Wiesenhof

Auf entsprechende Anfrage teilte die Verwaltung mit, dass kein neuer Sachstand über die Anhörung beim Landkreis Vechta der Firma OGS vorliegt.

9.2. Landwehrstraße 126 – Erdhaufen

Auf entsprechende Anfrage teilte die Verwaltung mit, dass die Erdhaufen im Bereich Landwehrstraße 126 wohl auf das Legen einer Gasleitung zurückzuführen sei.

9.3. Bahnhofstraße

Auf entsprechende Anfrage teilte die Verwaltung mit, dass die Bauarbeiten bei der Bahnhofstraße beendet sind und diese wieder befahrbar ist.

9.4. Windkraft Brägeler Moor

Auf entsprechende Anfrage teilte die Verwaltung mit, dass keine neuen Erkenntnisse über Probebohrungen im Bereich Brägeler Moor für Windenergie vorliegen.

9.5. Radweg Brägeler Straße

Ein Ausschussmitglied teilte mit, dass die Brägeler Straße, aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens, in Brägel ein hohes Sicherheitsrisiko für Radfahrer und Fußgänger darstelle. Die hiesigen Anwohner sind bereit einen Teil ihrer Grundstücke für die Schaffung eines Fuß- und Radweges zur Verfügung zu stellen und bitten die Bürgermeisterin eine Empfehlung diesbezüglich an den Landkreis Vechta auszusprechen.

Dr. Henrike Voet
Bürgermeisterin

Gert Kühling
Erster Stadtrat

Fabio Maier
Vorsitzender

Mark Escher
Protokollführer